

# Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in Dresden 2,30 Mark, bei Postbestellung 2,50 Mark im Monat, bei Jahrsabnahme durch die Post 24,00 Mark. Einzelnummern 15 Pfennig. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6



Verlagspreis: Die 4 Spaltenzeitung 20 Goldmark, die 2 Spaltenzeitung 10 Goldmark, die 1 Spaltenzeitung 5 Goldmark. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 125 - 83. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Donnerstag 29. Mai 1924

## Die Neubildung der Regierung.

Ein zweites Kabinett Marz?

Berlin, 27. Mai. Reichspräsident Ebert, der den Rücktritt der Regierung in letzter Nacht entgegengenommen hatte, empfing heute im Laufe des Vormittags zuerst den Reichspräsidenten Marz, sodann den Führer der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei Dr. Hergt, der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Hermann Müller, des Zentrums Fehrenbach, der Deutschen Volkspartei Dr. Schulz, der Deutschen Demokratischen Partei Koch und der Bayerischen Volkspartei Reich zu Einzelbesprechungen über die politische Lage und die Frage der Regierungsbildung.

Wie behauptet wird, legte der Reichspräsident dem Deutschnationalen Führer Hergt mehrere Fragen vor. Diese hätten gelautet, ob er die Weimarer Verfassung schützen, ein parlamentarisches Regime verbürgen und das Sachverstandsgutachten annehmen wolle. Die Antwort, sowie die ganze Besprechung hätten aber kein bestimmtes Resultat gebracht.

Daraufhin habe der Reichspräsident sich entschlossen, den bisherigen Reichskanzler Dr. Marz erneut die Regierungsbildung zu übertragen. Einem Wunsche der Deutschen Volkspartei entsprechend werde Marz dabei nochmals an die Deutschnationalen herantreten. Diese sollen allerdings erklärt haben, daß sie nimmer nach Reimittnahme der außenpolitischen Richtlinien durch die Mittelparteien die Verhandlungen für abgeschlossen ansehen, da die fünf neue Regierung dem Zustand gegenüber feigelegt sei. Dr. Marz wolle in den Abendstunden bei dem Reichspräsidenten. Wie es heißt, wird er die Kabinettsbildung in wenig veränderter Form vornehmen, nur soll an die Stelle des bisherigen Innenministers Dr. Jarres der frühere Reichsjustizminister Dr. Heintze (Deutsche Volkspartei) treten.

Besonders besprochen wird eine heute veröffentlichte Erklärung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei, in der die möglichst schnelle Durchführung des Sachverständigenutachtens als einzig möglichen Weg zur Vermeidung der Ruhr, zur Befriedung Europas, zur Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Sicherheit, damit zur Befreiung der Wirtschaft und Arbeitslosigkeit anseht. Sie werde jede Regierung bekämpfen, deren Außenpolitik durch Verzögerungen und Zweideutigkeiten Deutschland einer Katastrophe entgegenführen würde. — Man sieht in dieser Erklärung eine Annäherung an den Standpunkt der Mittelparteien.

### Wer wird Kanzler?

Von einem mitten im Verhandlungsgetriebe der politischen Parteien in Berlin stehenden Mitarbeiter wurde uns über die Lage, wie sie sich in der Stunde der Reichstags-eröffnung darstellte, geschrieben:

In der Nacht auf den 27. Mai hat das Kabinett Marz seine Demission gegeben. Den letzten Anstoß dazu gab der Beschluß der Deutschen Volkspartei, der diesen Rücktritt verlangte und die drei völksparteilichen Minister des Kabinetts veranlaßt hat, durch die Aufgabe einer Teildemission ihre Kollegen vom Zentrum und den Demokraten zum Rücktritt zu bewegen.

Damit ist der dritte Akt der innerpolitischen Krise abgelaufen, die durch die Wahlen am 4. Mai eingeleitet worden ist. Der erste Akt war der Vorstoß der Deutschnationalen durch die Einladung an die Mittelparteien, nicht über Programme und Ziele zwischen den Parteien wochenlang zu verhandeln, wie das bisher immer geschah, sondern eine Persönlichkeit nicht einseitig parteipolitisch, sondern als Vermittler herauszustellen, die von sich aus ein außenpolitisches Programm bilden und damit vor die Parteien treten sollte. Der Gegenstoß der Mittelparteien war der zweite Akt: Bildung eines außenpolitischen Programms und die Frage an die Deutschnationalen: „Wie stellt ihr euch dazu? Nehmt ihr es an oder...? Und wenn nicht, warum nicht? Können wir in eine Beratung zwecks Umbildung der Regierung eintreten.“ Zentrum und namentlich Demokratie waren allerdings überhaupt gegen ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen, haben erst auf Druck der Deutschen Volkspartei nach.

Dieses außenpolitische Programm der Mittelparteien, das jetzt auch veröffentlicht wird, betrachtet den Sachverständigenbericht als Versuch einer friedlichen Lösung der Reparationsfrage, aber als ein unteilbares Ganzes. Deswegen ist der Beginn jeder deutschen Reparationsleistung geknüpft an die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Souveränität des Reiches samt seiner Verwaltungshoheit. Es seien gewisse Abänderungen nach der Richtung zu erstreben, daß der deutsche Einfluß maßgebend bleibt bei der Umorganisation der Reichsbahn und in der Währungsfrage; die Erfüllung der „Ehrenpunkte“ (über die Ausgewiesenen und Gefangenen) wird gefordert.

Die Deutschnationalen sollten sich also dazu äußern und — seien es auch, ließen sich auf „programmatische“ Auseinandersetzungen ein. Sie antworteten dahingehend, daß sie die Forderungen nicht zurücklagen wollen, sie vielmehr entschlossen sind, sich an der Regierungsbildung zu beteiligen.

natürlich nicht leicht sein; ob es überhaupt gelingen wird, ist mehr wie zweifelhaft. Abgesehen davon, daß von anderen Möglichkeiten: der Reichspräsident, der verfassungsmäßig dazu das Recht hat, soll Dr. Marz wiederum mit der Bildung eines Kabinetts betrauen. Da dies auf stärkste Opposition der Rechten stoßen würde, soll er sich nach links wenden, wo ihm die Sozialdemokratie in außen- und innenpolitischen Fragen ein weitgehendes Entgegenkommen beweisen würde. Denn diese Partei ist um ihre Stellung in Preußen besorgt, weil naturgemäß ein Bürgerblock im Reich unter Führung der Rechten das Ende der Großen Koalition in Preußen bedeuten müßte.

Mittlerweile ist der Reichstag zusammengetreten und im Hause wird der Namensaufruf der 472 Volksboten vorgenommen. Es ist die höchste Zeit, daß der Kräftezustand ein Ende findet. — Werden wir den neuen Kanzler und mit ihm die neue Regierung schon in den nächsten Stunden sehen? Das ist die Frage, von der vieles, wenn nicht alles abhängt.

## Eröffnung des Reichstages.

### Reichstag ohne Regierung.

Starke Tumultszenen.

Berlin, 27. Mai. Nachdem die Regierung Dr. Marz in letzter Nacht ihren Rücktritt erklärt hatte, trat heute nachmittag der neu gewählte Reichstag zu seiner ersten konstituierenden Sitzung zusammen. Als der Reichspräsident, der sozialistische Abgeordnete Bock, die Sitzung eröffnen wollte, kam es zu außerordentlich heftigen Szenen. Die Kommunisten verlangten nämlich die Freilassung der politischen Gefangenen. Der Kommunist Koch betrat trotz des lauten Widerpruches des Hauses die Tribüne und hielt eine Ansprache an das Haus, die aber unter dem allgemeinen Tumult zugrunde ging. Als das Haus sich etwas beruhigt hatte, konnte die Sitzung beginnen und der Präsident die provisorischen Schriftführer ernennen. Dann begann der Namensaufruf. Zu einem langen Tumult kam es dann wieder, als der Name Ludendorff ausgerufen wurde. Auch der Name des preussischen Innenministers Severing und des Großadmirals von Tirpitz läßt bei der äußersten Linken einen ähnlichen Einfluß aus. Der Namensaufruf ergab die Anwesenheit von 449 Mitgliedern, so daß das Haus beschlußfähig war.

Von kommunistischer und von nationalsozialistischer Seite war eine Reihe von Anträgen eingekommen, die über einzelne ihrer Mitglieder verhängten Gefängnisstrafen aufzuheben und sie in Freiheit zu setzen. Hierüber entspann sich trotz des Widerpruches des Hauses eine sehr ausführliche und außerordentlich erregte Geschäftsordnungsdebatte. Schließlich wurde aber das Haus auf morgen vertagt, um die Präsidentenwahl vorzunehmen und dann über die angelegten Anträge Entschluß zu fassen.

### Im Parlamentshause.

(Von unserem händigen Mitarbeiter.)

Berlin, 27. Mai. Schon in den Vormittagsstunden, in denen für die Abgeordneten in den katholischen und evangelischen Kirchen Gottesdienst abgehalten wurde, war das Gebäude von zahlreichen Menschenmassen umringt, von denen viele versuchten, noch eine Eintrittskarte zu erlangen. Aber jede Mühe war

vergebens, da über die Zuschauerplätze schon seit Tagen verfügt war. Das Haus war streng abgesperrt, und eine strenge Kontrolle wurde ausgeübt. Vor dem Hause hatten sich zahlreiche Photoarabes eingefunden, die die hervorragenden Mitglieder und die bisherigen Minister bei ihrem Eintritt im Wilsdruffsaal fotografieren wollten. Es war kein Wunder, daß die Tribünen schon lange vor Beginn überfüllt waren. Der Sitzungssaal selbst hatte einige Veränderungen erfahren, indem für eine ganze Reihe neuer Mitglieder neue Plätze geschaffen werden mußten. Die Sozialdemokraten sind infolge des Anwachsens der kommunistischen Seite mehr nach der Mitte zu gedrängt worden, wie man die Nationalsozialistische Freiheitspartei, allerdings gegen ihren Willen, zwischen den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei untergebracht hat. Die letztere ist dadurch ebenfalls mehr nach der Mitte zu gedrängt worden. In dem Zusammenrücken der demokratischen Partei und dem Zusammenrücken der übrigen Parteien nach der Mitte zu bekommt man am besten ein Bild über den Gewinn, den die Flügelparteien der äußersten Rechten und Linken bei der letzten Wahl gemacht haben. Die Diplomatenlogen und die Logen der fremden Vertretungen wiesen ebenfalls einen stattlichen Besuch auf. So fiel besonders der englische Botschafter auf, der in der äußersten Ecke in der vordersten Reihe Platz genommen hatte.

Das Hauptinteresse lenkte sich auf die Neulinge im Reichstage, so vor allem auf Admiral v. Tirpitz und General Ludendorff und den jungen Fürsten Wismar. Der Saal selbst war bis auf den letzten Platz besetzt. Die Regierungsbänke waren jedoch leer, da die Minister innerhalb ihrer Fraktionen Platz genommen hatten. Aufseiner von kommunistischer Seite hatte man sich den schlechten Spaß gemacht, auf den Tisch des Hauses einen blutbesetzten Blumenstrauß mit einem Fettel „Für Ludendorff“, eine blaue Brille und einen beschädigten Handschuh mit der Aufschrift „Die verdorrte Hand Scheidemann“ niederzuliegen. Der alsbald ausbrechende Skandal und Anträge der Extremen von links und rechts dehnten die Zeit für die Bewältigung des knappen Programms, das eigentlich nur im Namensaufruf bestand, etwas aus. Dann ging man nach Hause, um sich für die morgige Präsidentenwahl zu rüsten.

## Dr. Marz mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsen-Zeitung“)

Berlin, den 28. Mai. Der Reichspräsident hat den bisherigen Reichskanzler Dr. Marz ernannt mit der Kabinettsbildung beauftragt. Dr. Marz hat angenommen und wird versuchen, ein Kabinett auf breiter Grundlage zu bilden.

### Die Verhandlungen im Ruhrkonflikt.

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsen-Zeitung“)

Berlin, 28. Mai. Die D.N.Z. berichtet: Die Verhandlungen, die am Montag und Dienstag im Reichsarbeitsministerium über den Ruhrkonflikt stattfanden und die sich außerordentlich schwierig gestalteten, sind gestern in den späten Abendstunden abgeschlossen worden. Ueber das Ergebnis können erst im Laufe des heutigen Tages nähere Mitteilungen gemacht werden, da die Verhandlungsteilnehmer sich verpflichtet haben, den Schiedspruch bis zur Entscheidung über Annahme oder Ablehnung durch die Parteien geheim zu halten. Für den heutigen Tag sind im Ruhrgebiet Konferenzen einberufen worden, die zu dem Ergebnis der Verhandlungen Stellung nehmen werden.

### Der türkisch-französische Zwischenfall.

Zürich, 28. Mai. Der „Corriere della Sera“ meldet aus Konstantinopel: Die Regierung hat Truppenverstärkungen nach der spanischen Grenze geschickt. Turtel, der türkische Grenzort, hat durch die französische Beschießung großen Schaden erlitten. In Turtel wurde eine türkische Artillerieabteilung stationiert. Die Note an Frankreich verlangt Wiedergutmachung, Entschädigung und Zurückziehung der französischen Truppen in 50 Kilometer Umkreis der türkisch-spanischen Grenze.

### Japanischer Protest.

Newyork, 29. Mai. Nach Meldungen aus Tokio hat der Ministerpräsident einen besonderen Kabinettsrat auf Mittwoch einberufen, um das amerikanische Ausschlußgesetz zu beraten. Es verlautet, daß Japan einen formellen Protest an die Washingtoner Regierung einreichen will.

### Anerkennung Rußlands durch Japan.

London, 28. Mai. Aus Tokio wird gemeldet: Die japanischen Blätter kündigen den bevorstehenden Abschluß eines russisch-japanischen Handelsvertrages an. Japan werde auf sämtliche Schulden Rußlands an Japan verzichten und die Anerkennung der Sowjetregierung de jure aussprechen.